

Weiteres Vorgehen zur Neugestaltung der Stadtmitte

Schlussfolgerungen

aus der gemeinsamen Diskussion zwischen Hermann-Henselmann-Stiftung, Planungsgruppe Stadtkern des Bürgerforum Berlin und Stiftung Zukunft Berlin am 16. Dezember 2015 im Auditorium der Konrad-Adenauer-Stiftung sowie aus den Stellungnahmen der stadtentwicklungspolitischen Sprecher der fünf Fraktionen des Abgeordnetenhauses Berlin:

1. Das Verfahren zur Berliner Mitte wird in seiner Bedeutung für die Stadt, für die Bürger, die Verwaltung, für Fachleute und Politiker uneingeschränkt bestätigt.
2. Das bisherige Dialogverfahren war ein Fortschritt gegenüber bisher üblichen Beteiligungsverfahren. Es hat wichtige Informationen erbracht und ist als Grundlage für das weitere Vorgehen hilfreich. Die Arbeit für die Mitte ist erkennbar vorangekommen.
3. Die Komplexität und der Chancenreichtum des Themas lassen jedoch keine schnellen Ergebnisse zu. Die Ergebnisse des „Bürgerdialogs“ sind notwendig, aber nicht ausreichend als Grundlage für kurz- und mittelfristige Umsetzungsschritte oder die Ausschreibung eines Ideen- oder Planungswettbewerbs. Erforderlich ist ein langer Atem, aber auch die unverzügliche Fortsetzung der Arbeit an der fachlichen und politischen Vertiefung der Themen, die in den „Bürgerleitlinien“ angesprochen sind. Bevor dies nicht geschehen ist, können keine Umsetzungsschritte oder Ausschreibungen erfolgen. Dass das Abgeordnetenhaus im Haushalt 2016-17 Mittel für weitere Verfahrensstufen bereitstellt, wird sehr begrüßt.
4. Als nächste Stufe steht eine integrierte Form kooperativer Entscheidungsvorbereitung an, an der Bürger, Fachleute, Verwaltungen und insbesondere Politiker gleichzeitig, kontinuierlich und absolut gleichberechtigt mitwirken. Diese Phase kann im Frühjahr 2016 beginnen. Erste Inhalte können die Priorisierung und Konkretisierung von notwendigen fachlichen Vertiefungen sowie die Identifizierung erster möglicher Umsetzungsschritte sein. Nichts darf nach Zuständigkeiten getrennt oder am „gültigen“ Planungsprozesses vorbei geplant oder gar umgesetzt werden. Auch darf nichts in Verdacht geraten, einseitig beeinflusst oder gar vorentschieden worden zu sein.
5. Sowohl konzeptionelle Fragen als auch Schritte der Umsetzung können in Stufen bearbeitet werden. Dafür ist es erforderlich, dass die Akteure des kooperativen Prozesses gemeinsam einen konsistenten Stufenplan für die inhaltlichen Klärung, die Entscheidung, die Planung und die praktische Umsetzung verabreden.

Kontakt:

Stiftung Zukunft Berlin
Anett Szabó
Klingelhöferstraße 7
10785 Berlin
Tel. +49(0)30 26 39 229 14
Fax +49(0)30 26 39 229 22
szabo@stiftungzukunftberlin.eu

Aus der Diskussion am 16. Dezember sind inhaltlich u.a. folgende Ziele abzuleiten:

- a. Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft werden einen Stufenprozess nur durchhalten, wenn die Stufen jeweils schnell definiert und umgesetzt werden.

Erste Stufen könnten u.a. sein, die Bedeutung und Entwicklung der Rathausstraße zu klären, über die langfristige Nutzung der Fußbebauung des Fernsehturms zu entscheiden oder in Abstimmung mit der Entwicklung des Humboldt-Forums die Neugestaltung des unmittelbaren Umfeldes inklusive des ehemaligen „Marx-Engels-Forums“ zu planen.

- b. Die nächste Stufe des Beratungsprozesses sollte stärker mit Bildern arbeiten. Weniger mit Bildern der baulichen Gestaltung als mit Bildern (auch Filmen) von großstädtischem Leben im öffentlichen Raum, das die Zukunft in der Mitte Berlins bestimmen soll. Es muss darum gehen, Gestaltungsmöglichkeiten und Zielkonflikte zu benennen und zu veranschaulichen (Verkehrliche Belange versus Vernetzung mit den umliegenden Quartieren), um die notwendigen Entscheidungen vorzubereiten.
- c. Begleitend zu allen Planungsfragen muss entsprechend den „Bürgerleitlinien“ stets auch die Frage gestellt werden, welche Dimensionen der Geschichte Berlins die Mitte in ihrer Zukunftsentwicklung aus heutiger Sicht vergegenwärtigen soll, in welcher Form dies im Einzelnen geschehen kann und wo.
- d. Als besonders schwierig erweist sich die Konkretisierung der einvernehmlichen Leitlinie „Ort der Demokratie“, um im Bereich des Rathauses einen Platz der Toleranz, Offenheit und demokratischen Öffentlichkeit zu schaffen. Die Leitlinie muss deshalb nicht aufgegeben werden, doch erfordert die Realisierung dieser anspruchsvollen Idee eine Annäherung über unterschiedliche Zugriffe und (Labor-) Versuche sowie besondere fachliche Expertise.
- e. Unabdingbar ist die enge Einbettung der Entwicklung des inneren Bereichs in die Entwicklung der umliegenden Quartiere.

Januar 2016